

V0036/23

**Fortschreibung des Regionalplanes der Region Ingolstadt (10), 30. Änderung;  
Neufassung des Kapitels 5.2 (neu) Bodenschätze;  
erneutes Beteiligungsverfahren gem. Art. 16 Abs. 6 BayLplG  
(Referentin: Frau Wittmann-Brand)**

**Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit vom 08.02.2023**

Stadtrat Semle weist darauf hin, dass im Bereich der Wasserflächen bestehende oder neu geschaffene Naherholungsbereiche entstehen können. Dabei spricht er den Kempesee an und fragt nach, ob hier schon konkrete Planungen vorliegen. Der Baggersee sei nach seinen Worten relativ überbevölkert. Insofern habe eher der Auwaldsee die Tendenz zur Schaffung solcher Bereiche.

Laut Regionalplan gebe es hier nichts Neues, so die Stadtbaurätin. Sie teilt aber mit, dass dieses Thema in den Flächennutzungsplan mit einfließe. Weiter verweist sie auf den Naherholungsbeauftragten, der sich seit Anfang dieses Jahrs dieser Sache annehme. Dies werde mit Sicherheit mit begutachtet werden. Bei der Flächennutzungsplanfortschreibung werde dies auch mitbedacht. Frau Wittmann-Brand betont aber nochmals, dass noch keine konkreten Planungen vorliegen. Wichtig zu erwähnen sei noch, dass der Bezirksausschuss seine Zustimmung erteilt habe.

Stadtrat Dr. Meyer unterstütze die Anregung von Stadtrat Semle, das Thema Naherholung hier mit zu prüfen.

Durch die Veränderung der Grundstücksnutzung, bzw. den Abbau von Kies werden für die Eigentümer, bzw. Nutzer Werte geschaffen. Stadtrat Semle fragt nach, ob es hinsichtlich dessen Verpflichtungen, vertragliche Konstruktionen oder Kosten gebe, die im Zuge einer Schaffung eines Badesees oder Naherholungsgebiets, übernommen werden.

Stadtrat Dr. Schuhmann merkt an, dass das Thema Kiesabbau uralte sei. Ingolstadt habe das Glück, oder gar das Pech, dass es eine der besten Kiesabbauflächen von ganz Bayern habe. Weiter verweist er auf die Beschränkung im Regionalplan, was von den verschiedenen Gemeinden und den privaten Anbietern gefordert worden sei. Die Firmen haben die Erträge und je nach Beschaffenheit werde festgestellt, ob eine Wasserfläche entstehen soll. Dies sei mit den Auflagen bereits geregelt. Nach seinen Worten sei es Wahnsinn, wenn nur Geld rausgeholt werde.

Zur rechtlichen Seite merkt Frau Wittmann-Brand an, wenn eine Firma Flächenabbau betreibe, diese natürlich eine förmliche Baugenehmigung vom Umweltamt, benötige. Hierbei handelt es sich um ein eigenes Verfahren, wo die entsprechenden Rekultivierungsmaßnahmen abgesprochen seien. Das Problem sei nur das Material, mit diesem früher verfüllt worden sei. Es gebe eigentlich kaum noch ein solches Material, welches nicht in irgendeiner Form umweltschädlich sei, oder das Grundwasser beeinflusse. Insofern komme es meist zur Ufer Renaturierung, weil nicht mehr verfüllt werden könne. Auf Anfrage von Stadtrat Semle hinsichtlich der Kosten teilt die Stadtbaurätin mit, dass diese vollständige von den Verursachern getragen werden. Hier gelte das Verursacherprinzip.

Stadtrat Pauling verweist auf die benötigten Flächen für PV-Anlagen und regt an, diese auf Wasserflächen zu errichten und bittet um Prüfung bei den Baggerseen. Seines Erachtens sei

dies viel effizienter. Weiter verweist er auf andere Länder welche dies bereits massiv betreiben.

Bürgermeisterin Kleine verweist hierzu auf den bereits stattgefundenen fachlichen Austausch mit Anumar. Diese haben ganz klar signalisiert, dass die Wasserflächen nicht die Größe haben, dass sich so eine Floating Anlage nutzbringend rentieren würde.

Nach Worten von Stadtrat Wöhrl sei der Grund, dass das Feld die billigste Lösung sei. Seines Erachtens würde auch dies auch mit Wasserflächen möglich sein, wenn man kein Feld mehr zur Verfügung hätte.

Bürgermeisterin Kleine verweist auf den Hintergrund, warum diese Beschlussvorlage nochmals vorgelegt worden sei. Dies betreffe nicht nur Ingolstadt, sondern die ganze Region. Dem Landkreis Neuburg-Schrobenhausen seien beim ersten Vorschlag zu viele Flächen ausgewiesen worden. Insofern habe man sich für weniger Flächen und mehr Bemühungen zum Einsatz von Recycling Material ausgesprochen. Dabei verweist Bürgermeisterin Kleine auf den Bericht des Landkreises Eichstätt, die mit Recycling Material Beton produziert haben. Auch in Ingolstadt werde Recycling auszuschreiben, thematisiert und derzeit von Herrn Hoffmann vorbereitet. Geplant sei öfter auf die Recycling Materialien zurückzugreifen.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.